

Verordnung

betreffend die

Erhebung des Rindfleischbezuges seitens bestimmter Betriebe, Anstalten und Körperschaften.

Das k. k. Amt für Volksernährung hat den Wiener Magistrat beauftragt, den Wochenbezug an Rindfleisch der Betriebe, Anstalten und Körperschaften, welche Rindfleisch zur Verarbeitung oder zur Verabreichung an Gäste, beziehungsweise Anstaltseinwohner oder zum Weiterverkauf an ihre Körperschaftsmitglieder beziehen, zu erheben. Diefem Auftrage entsprechend wird auf Grund der Verordnung des k. k. Amtes für Volksernährung vom 16. Februar 1918, R. G. Bl. Nr. 61, Folgendes angeordnet:

1. Die obgenannten Betriebe, Anstalten und Körperschaften werden hiemit verpflichtet, den Wochenbezug an Rindfleisch anzumelden. Es sind **folhn anmeldepflichtig: Rindfleisch verarbeitende Metzger und Konservenfabriken; Votels, Gastwirtschaften, Fremdenpensionen, Speisewirtschaften, Aussocherien, Kantinen, Messen, Klubs, Vorkassinen, Kriegss-, Gemeinshafthaus- und Vertriebsbüchsen; Bildungsanstalten, Klöster, Seilanstalten, Sanatorien, Waisenhäuser, Gefangenenhäuser u. dgl., Kaffeebäder und Delikatessenhändler, die bisher ständig bestimmtemaßen zubereitetes Rindfleisch abgeben haben; die bisher Rindfleisch an ihre Mitglieder abgebenden Konsumentenorganisationen, Lebensmittelmagazine u. dgl.**

2. Die Anmeldepflichtigen oder deren befugte Vertreter haben sich an den unten genannten Tagen beifus Aufnahme nachstehender Erklärung im magistratischen Bezirksamte ihres Wohnortes einzufinden. Als Legitimation ist mitzubringen der Gewerbeschein, die Konzessionsurkunde, die Grundtätigung des Anstaltsvorstandes, des Leiters des Lebensmittelmagazines oder der Konsumentenorganisation; weiters Karturen, Bezugsbücher u. dgl., welche den tatsächlichen Rindfleischbezug bezeugen. Für die Richtigkeit der Angabe des Vertreters sind die Anmeldepflichtigen haftbar. Die abzugebende Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Des Anmeldepflichtigen Name (Firma) Beruf (Zweck) Adresse Bezirk Gasse — Straße — Platz Nr.

In Kenntnis, daß unrichtige Angaben strengstens bestraft werden und ich der Überprüfung meiner Angaben durch amtliche Organe gewärtig sein muß, gebe ich hiemit nachstehende wahrheitsgetreue Erklärung ab:

1. Wie aus meinen vorgemerkten Bescheinigungen hervorgeht, habe ich regelmäßig einen Rindfleischwochenbezug von kg.

2. Ich beziehe mein Rindfleisch aus nachstehender Abgabestelle:

a) (Name und Sig der Abgabestelle), Wohnmenge kg

b)

c)

3. Ich nehme zur Kenntnis, daß nur Giremfleisch oder nur Einheitsfleisch bezogen werden kann und sämtlichen der Gesamtbezug nur bei einer Abgabestelle gehalten ist, und zwar auch dann, wenn ein Anmeldepflichtiger mehrere Betriebsstätten hat.

a) Ich bitte um Anerkennung von Giremfleisch bei der Giremfleischabgabestelle.

b) Ich wünsche den Einheitsfleischbezug bei

4. Für Fremdenpensionen, Anstalten und auf Mitglieder beschränkte Küchen: Die Anzahl der bei uns regelmäßig verköstigten Personen beträgt .

5. Für Körperschaften: Die Anzahl der bisher regelmäßig von uns Rindfleisch beziehenden Mitglieder beträgt .

Ich nehme zur Kenntnis, daß eine Vernehmung der bisher Rindfleisch beziehenden Mitglieder nicht stattfinden darf.

Unterschrift des anzuzeichnenden Beamten:

Wien, am 1918.

Unterschrift des Anmeldehens:

* Auch Personen, welche den Bezug von Giremfleisch anstreben, haben die Bezugsguelle für Giremfleisch anzugeben, für den Fall, daß ihnen der Giremfleischbezug nicht gestattet werden sollte.

Über die erwartete Anmeldung erhält jeder Anmeldeber eine amtliche Bestätigung, welche bis auf weitere Weisung im Interesse des Anmeldepflichtigen auf anzubewahren ist, da für abhandeltung getommene Anmeldebefähigungen ein Ersatz nicht geleistet wird. Die Aufnahme der Erklärung findet bei dem zuständigen magistratischen Bezirksamte nach den Anfangsbuchstaben des Anmeldepflichtigen (Familienname, Anstaltsname, Firma, Vereinigungsname) statt, und zwar für die Buchstaben:

A-G am 22. Februar 1918

M-S am 25. Februar 1918

H-L am 23. Februar 1918

Sch, St, T-Z am 26. Februar 1918

in der Zeit von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Im Interesse aller Anmeldepflichtigen wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Anmeldung in keinem Falle unterlassen oder verspätet erhalten werden darf, da sonst der Anmeldepflichtige selbst für die Unmöglichkeit oder Verspätung der Möglichkeit des Rindfleischbezuges das Verschulden trägt.

Wer eine im Sinne dieser Verordnung geforderte Auskunft verweigert oder unrichtig erteilt oder diese Verordnung anderweitig übertreift, wird, sofern diese Handlung nicht einer strengeren Bestrafung unterliegt, von der politischen Behörde 1. Instanz mit Geld bis zu 20.000 K oder Arrest bis zu 6 Monaten bestraft, auch kann der Verlust der Gewerbeberechtigung ausgesprochen werden.

Vom Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,

als politischer Behörde 1. Instanz,

am 18. Februar 1918.